

Antrag

**der Abgeordneten Ute Koczy, Jürgen Trittin, Undine Kurth (Quedlinburg),
Cornelia Behm, Dr. Reinhard Loske, Hans-Josef Fell, Thilo Hoppe, Kerstin Müller
(Köln), Winfried Nachtwei, Rainer Steenblock und der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Schaden von der Reputation der Osteuropabank abwenden – Das Öl- und Gasprojekt Sachalin II als Lackmустest für die Einhaltung internationaler Umwelt- und Sozialstandards

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag bedauert das Ausmaß der Nichteinhaltung internationaler Umwelt- und Sozialnormen bei der Errichtung des weltweit größten Öl- und Gasprojekts auf der russischen Pazifikinsel Sachalin. Das Öl- und Gasprojekt Sachalin II umfasst drei Offshore-Bohrplattformen, Offshore- und Onshore-Pipelines, Verladeeinrichtungen und Terminals. Das Öl und Gas soll in 800 km langen Pipelines vom Norden in den Süden der Insel transportiert werden, von wo es aus der ganzjährig eisfreien Aniva-Bucht verschifft werden soll.

Das Konsortium Sakhalin Energy Investment Company Ltd. (SEIC) realisiert das Projekt. Der britisch-niederländische Konzern Shell ist mit 55 Prozent an SEIC beteiligt, die japanischen Konzerne Mitsui und Mitsubishi mit jeweils 25 und 20 Prozent. Die Gesamtkosten werden derzeit auf 20 Mrd. US-Dollar geschätzt. Ursprüngliche SEIC-Schätzungen gingen von einer halb so hohen Investitionssumme aus. Inzwischen ist Sachalin II nach Angaben der Betreiber zu über 70 Prozent realisiert. Ein Großteil der Bauten wurde somit bereits errichtet.

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE/Osteuropabank) in London prüft derzeit, ob sie dem Wunsch des Firmenkonsortiums SEIC nach einer Teilfinanzierung von Sachalin II in Höhe von 300 Mio. US-Dollar nachkommt. Aufgrund der im Regelfall äußerst aufmerksamen Prüfung von Finanzierungsanträgen durch die EBWE hat eine Beteiligung an Sachalin II Signalwirkung auch für andere Banken. Die Osteuropabank verbindet ihre Kreditzusagen mit international gültigen Sozial- und Umweltstandards. Es steht allerdings zu befürchten, dass im Fall einer Kreditfinanzierung der EBWE für Sachalin II die bereits erfolgten und kaum noch revidierbaren Verstöße von Shell, Mitsui und Mitsubishi gegen russische und internationale Umwelt- und Sozialnormen die Glaubwürdigkeit der EBWE dauerhaft beschädigen werden. Zudem sehen Experten eine stark erhöhte Gefahr von zukünftigen großen Ölaustritten durch die Art und Weise des Baus und Betriebs von Sachalin II. Die Verantwortung für eine Ölkatastrophe in der empfindlichen Wildnis auf und vor Sachalin würde letztendlich auch die EBWE treffen.

Beim Bau von Sachalin II hat SEIC bereits gegen zahlreiche Standards verstoßen, die für EBWE und Weltbank (International Finance Corporation – IFC) grundsätzlich zu den Voraussetzungen einer Finanzierungsbeteiligung zählen. Dazu gehört unter anderem, dass mit der Umsetzung des Projekts vor Ort begonnen wurde, ohne die Umweltbeeinträchtigungen anhand einer Umweltverträglichkeitsprüfung untersuchen zu lassen. Die Bundesregierung stellte am 30. März 2006 in einem schriftlichen Bericht an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages dazu fest: „Wenn sich die EBWE entschließen sollte, sich an der Finanzierung zu beteiligen, billigt das Direktorium damit auch eine Abweichung vom normalen Verfahren.“

Die Bevölkerung von Sachalin ist zunehmend skeptisch gegenüber dem Projekt. Über 10 000 Bewohnerinnen und Bewohner zweier besonders betroffener Städte auf der Insel haben inzwischen eine Petition an die Osteuropabank unterschrieben, das Projekt nicht zu finanzieren. Die Protestbewegung vereint lokale Fischer, gewählte Volksvertreter, den Gouverneur und die Indigenen von Sachalin. Sie kritisieren auch, dass das Projekt auf nationaler und lokaler Ebene weit weniger Einkünfte erbringen wird, als ursprünglich versprochen.

Die lokale Bevölkerung, Experten und Nichtregierungsorganisationen stellen in Frage, ob die EBWE in der Lage ist sicherzustellen, dass in der laufenden Bauphase 2 von Sachalin II hohe Umweltstandards eingehalten werden. Geleitet werden diese Bedenken von den Problemen bei der Durchsetzung der Einhaltung von Umweltstandards während der viel kleineren Bauphase 1. Ein Audit der ersten Phase zeigt, dass in zwei Dritteln von 90 untersuchten Punkten die Ergebnisse hinsichtlich der Einhaltung von Umweltstandards negativ waren (siehe RSK ENSR Lenders Tier III HSE Audit for Phase One).

Eine unter den Anteilseignern und in der Öffentlichkeit als sehr wichtig angesehene Aufgabe der Osteuropabank ist es, Best-Practice-Methoden und Standards in die Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion weiterzugeben. Die Bank hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie dieser Aufgabe nachzukommen vermag. Zur Vermittlung von Standards und Best-Practice-Methoden kann es jedoch notwendig sein, dass die EBWE sich aus Projekten, in denen Standards in hohem Maße missachtet werden, zurückzieht.

Selbst wenn Shell und seine Konsortialpartner auf Forderungen der EBWE eingehen, kann sich die akute Gefährdung für die Bevölkerung und ihre natürliche Umwelt auf und vor Sachalin aufgrund des fortgeschrittenen Realisierungsstandes des Projektes nur noch in geringen Teilen reduzieren lassen. Es muss daher befürchtet werden, dass eine Entscheidung der Osteuropabank für eine Finanzierungsbeteiligung an Sachalin II ein starkes Signal der Aufweichung von Standards an zukünftige ähnliche Erschließungsvorhaben aussenden würde. Zudem würde sich die EBWE in akutem Maße der Gefahr eines Reputationsverlustes aussetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert darum die Bundesregierung als Anteilseignerin der EBWE auf,

1. darauf hinzuwirken, dass die EBWE ihre Beschlussempfehlung für das Direktorium unter Berücksichtigung der damit verbundenen hohen Präsenz Wirkung hinsichtlich der Aufweichung von Standards erarbeitet;
2. im Direktorium der EBWE aufgrund der beschriebenen massiven Nichteinhaltung von Umwelt- und Sozialstandards beim Bau von Sachalin II einer Kreditvergabe an SEIC nicht zuzustimmen;

3. sich innerhalb der EBWE auch in Zukunft für eine konsequente Einhaltung der eigenen Standards einzusetzen;
4. sich innerhalb der EBWE dafür einzusetzen, dass der möglicherweise bereits Anfang Juni 2006 zur Verabschiedung anstehende Entwurf für eine neue Energiepolitik der Bank dahin gehend überarbeitet wird, dass die Finanzierung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien (ohne Berücksichtigung großer Wasserkraftwerke) in weit stärkerem Maße ausgedehnt wird, als im Entwurf vorgesehen.

Berlin, den 31. Mai 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

